

Am: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen

i.A.22.14.7.3.-REI/BUH

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Presse und Info

Seite-Nr.

1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

Informations hebdomadaires rapides no 43/90 du 22.10.1990

- 1) Situation in Irak/Kuwait am 22.10.1990
- 2) Staatsbesuch von Fuerst Hans-Adam II von Liechtenstein (17. - 19.10.1990)
- 3) Besuch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz in Oslo am 17./18. Oktober 1990
- 4) Visite de travail du Secrétaire d'Etat Franz Blankart à Londres, le 11 octobre 1990
- 5) Troisième séance de négociations du High Level Negotiating Group AELE-CE, Bruxelles, 17 et 18 octobre 1990

1) Situation in Irak/Kuwait am 22.10.1990

1. Schweizer im Irak/Krisenregion

Unveraenderte Situation im Irak. Privatpersonen als Vermittler kann zwar eine Reise in den Irak nicht verwehrt werden, diese koennen indessen kein offizielles Verhandlungsmandat ausueben.

22.10.1990

30.53

K. J. L.



Art: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initiaen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

2

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Der Konsulardienst klaert in der Krisenregion den Bedarf der Schweizer Kolonien nach Kinderschutzmasken ab. Das EDA empfiehlt nach wie vor, keine Kinder in der Region zu belassen.

2. Gespraech mit den irakischen Botschaftern in Bern und Genf

AL-Tikriti, UNO-Botschafter des Irak in Genf, zeigte sich am 14.10.1990 gegenueber Hoffmann ueber Sanktionsbeschuesse der Schweiz ueberrascht. Er ''forderte'':

1. Landerechte in Genf fuer Passagierfluege und Medikamenten-transport der Iraki Airways. Dies waere gemaess UNO-Resolution 670 gestattet, nicht jedoch unter dem Gesichtspunkt einer vollstaendigen Interpretation der UNO-Embargobeschuesse.
2. Lieferung von Nahrungsmitteln und Babymilch. Dies ist im Lichte der UNO-Sanktionen eine fuer die Schweiz unmoegliche Forderung.

AL-Dairi (A), Botschafter des Irak in Bern, wuenschte im Gespraech mit Simonin (S) am 16.10.1990, unter Hinweis auf Akti-
 vitaeten anderer Laender, ''neutralere, weniger auf westlicher
 Seite stehende'' Haltung der Schweiz, die auch eine

Postdienst
SBB

Bezeichnung des Auftrags

Adresse (für Taxex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr

3

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Vermittlung im Konflikt zulasse. S wies auf die Voraussetzungen fuer die guten Dienste der Schweiz hin, namentlich, dass diese von beiden Parteien gewuenscht werden muessten.

3. Medikamentenlieferungen

Bisher wurden Medikamentenlieferungen fuer rund Fr. 20 Mio. bewilligt. Ausgeliefert wurden erst Medikamente fuer Fr. 0.225 Mio., da Schweizer Banken Akkreditive erst gewaehren, wenn der Betrag in die Schweiz transferiert ist.

Die USA raeumen ein, dass keine Verpflichtung besteht, das UNO-Sanktionskomitee ueber Medikamentenlieferungen zu informieren, wuenschen jedoch engere Zusammenarbeit der Schweiz. Wir klaeren die diesbezugliche Haltung anderer Laender ab.

4. Unterstuetzung der vom Irak-Embargo betroffenen Firmen

Die durch das Irak-Embargo geschaedigten Schweizer Firmen koennen nicht mit Schadenersatzzahlungen des Bundes rechnen. Bisherige Antraege um Lieferbewilligung wurden negativ beantwortet. Fuer Haertefaelle behielt sich der Bundesrat zwar die Schaffung einer speziellen Rechtsgrundlage vor, die Schweiz stuede jedoch mit einer solchen Entschaedigung unter den Industrielaendern alleine da.

An: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Priorität <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Faktura <input type="checkbox"/>	Text erg. <input type="checkbox"/>	F.I. <input type="checkbox"/>
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash			

Absender

--

Seite-Nr.

4

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

5. Luftembargo

Ein Gesuch der Iraki Airways um Landebewilligung fuer den Transport von 12 Tonnen Medikamenten aus der Schweiz nach Bagdad wird unter Abklaerung der Praxis anderer Staaten geprueft. Ein weiteres Gesuch der Iraki Airways um eine Ueberflugbewilligung Bagdad-Paris wurde nicht bewilligt, da Paris die Landung untersagte.

6. Beschlagnahmung irakischer Guthaben

Angesichts der geplanten Resolution des UNO-Sicherheitsrates betreffend weltweiter Konfiszierung irakischer Guthaben und des Geruechts, dass Irak ab 23.10.1990 auslaendische Gueter konfiszieren will, erstellt die Voelkerrechtsdirektion ein Inventar des Schweizer Besitzes in Kuwait und klaert die Frage ab, inwiefern der Irak fuer diesen verantwortlich gemacht werden kann. Fuer den Irak ist ein diesbezugliches Inventar bereits vorhanden.

Dem Vernehmen nach gruendeten Iraker, darunter ein Bruder Saddam Husseins, Schweizer Firmen zur Verwaltung von Vermoegen, u.a. der Familie des irakischen Praesidenten.

Elektronische Nachrichten
3. 11. 2001

Empfängercode

Empfängercode

Form fields for recipient codes and other data.

Form fields for sender information and other data.

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Ja Nein

Norm. Dring. Flash

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

7. Angebliche Umgehung der Sanktionen durch Schweizer Firmen

Es ist nicht auszuschliessen, dass Schweizer Firmen an einer Umgehung des Boykotts beteiligt sind. Die Behoerden gehen gewissen, allerdings nicht sehr konkreten Indizien nach.

8. Schweizer Neutralitaet bei evtl. bewaffnetem Konflikt

Voelkerrechtsdirektion erstellt Sprachregelung.

An: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

6

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

2) Staatsbesuch von Fuerst Hans-Adam II von Liechtenstein (17. - 19.10.1990)

Bei einem offen und in herzlicher Freundschaft gefuehrten Arbeitsgespraech zwischen einer Delegation des Bundesrates (Leitung: Bundespraesident Koller) und der liechtensteinischen Besucherdelegation (Leitung: Fuerst Hans-Adam II) ging es im wesentlichen um Europafragen. Zusammenfassend lassen sich der von weitgehender Uebereinstimmung gepraeigten Unterredung vier Hauptaussagen entnehmen:

- Ein Alleingang in Europa ist fuer die Schweiz und Liechtenstein auf mittlere und laengere Frist keine Alternative. War bisher ein Abseitsstehen gegenueber der europaeischen Integration, verbunden mit pragmatischen Formen der Zusammenarbeit, ein bewaehrtes Rezept, so wird es dies in Zukunft nicht mehr sein.
- Die EG wird je laenger je mehr zur bestimmenden Kraft in Europa, vor allem auch im Europarat und in der KSZE.
- Beide Staaten haben alles Interesse, sich mindestens im Sinn einer vorlaeufigen Loesung energisch fuer die Schaffung

An: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

7

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

eines EWR einzusetzen. Beide sind bereit, die Ausnahmen bezueglich des EWR-relevanten ''acquis communautaire'' auf ein absolutes Minimum zu beschraenken oder die damit verbundenen Probleme durch Sonderregelungen (Gewaeahrleistung der Inlaenderbehandlung, wirksame Schutzklauseln) zu loesen. Voraussetzung dafuer ist aber ein Entgegenkommen der EG in den institutionellen Fragen. ''Ein Verzicht auf Ausnahmen und auf Mitsprache ist nicht annehmbar'': Ein Votum, mit dem Regierungschef Brunhart pointiert zu verstehen gab, wo das Interesse des Fuerstentums an einer EWR-Mitgliedschaft seine Grenzen hat.

- Europarat, KSZE und EWR haben im Rahmen der gesamteuropaeischen Verordnung ihre volle Daseinsberechtigung. Jede dieser Institutionen wird ihre spezifischen Aufgaben wahrnehmen muessen, wobei der Europarat im Hinblick auf die Annaeherung der osteuropaeischen Staaten einer Staerkung durch Reformen bedarf. (Ausfuehrlicher Bericht in ''Informations hebdomadaires normales''.)

Am 18.10.1990
 Telekommunikation
 1048 Bern

Versandperson und Initialen

Drucken Sie hier auf diese

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

E.L.

Absender

Seite-Nr.

8

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
3)					

Besuch Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz in Oslo am 17./18. Oktober 1990

CFD beendete seine Tournee in den Hauptstaedten der EFTA (vgl. information hebdomadaire rapide Nr. 42) in Oslo, da er am 17. Oktober als Vertreter des EFTA-Praesidiallandes zur Eroeffnung der von Norwegen einberufenen Konferenz der Sozialpartner ueber die soziale Dimension der europaeischen Integration zu sprechen hatte.

CFD fuehrte Gespraechе mit dem Premierminister Jan P. Syse (S), Handelsministerin Kaci Kullmann Five (K) und dem Aussenpolitischen Ausschuss des Storting unter dem Vorsitz von Frau Gro Harlem Brundtland (B).

Nach den Aussagen aller Gespraechspartner ist Norwegen mit den uebrigen EFTA-Laendern darin einig, dass in den EWR-Verhandlungen ein politischer Durchbruch angestrebt werden sollte. Dieser duerfte aber nicht mit weiteren Vorleistungen der EFTA erkaufte werden. Vielmehr sei es nun an der EG, Konzessionsbereitschaft zu zeigen. K kritisierte auch in Anwesenheit der Presse mit deutlichen Worten das mangelhafte Engagement der Bruesseler Kommissionsdienste in diesen Verhandlungen. S und B waren in dieser Hinsicht etwas zurueckhaltender, indem sie zuerst einmal an CFD die Frage richteten, ob die EFTA-Laender wirklich bereits alles fuer sie Moegliche getan haetten, um die Verhandlungen voranzubringen.

Empfängercode

Vorname (für Telex an Dritte)

Chiffriert
 Priorität
 Faktura
 Text erg.
 F.I.

Ja Nein Norm. Dring. Flash

Absender _____
 Seite-Nr. 9

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Nach S stellt sich die innenpolitische Lage in Norwegen wie folgt dar: Eine Mehrheit im Parlament stellt sich hinter das Ziel, ein 'möglichst gutes EWR-Abkommen' auszuhandeln. Für den EG-Beitritt sind die Konservativen und die Fortschrittspartei, dagegen die Linkssozialisten und die Agrarische Zentrumspartei. Die Christliche Volkspartei und die Arbeiterpartei sind in dieser Frage gespalten und verhalten sich neutral. Die Arbeiterpartei hat auf den Herbst 92 einen Entscheid angekündigt, doch verhält sich auf Seiten der Linken die Gewerkschaftsbewegung im Gegensatz zu Schweden sehr zurückhaltend. Für die Bauern wird alles vom GATT abhängen. Je nach Ergebnis der UR wird dies Auswirkungen auf die Integrationsdebatte haben, die auch durch die Entwicklung in Schweden beeinflusst wird. Je nach parteipolitischer Ausrichtung ist der EWR willkommen als Zwischenstation auf dem Weg in die EG oder aber als Barriere, um den EG-Beitritt zu verhindern. Die öffentliche Meinung teilt sich in Norwegen weiterhin nach dem alten Muster auf, wonach ein Drittel für den Beitritt, ein Drittel dagegen und ein Drittel unentschlossen ist. K vertritt die Auffassung, dass Norwegen mit der Freizügigkeit der Personen keine allzu grossen Schwierigkeiten haben sollte.

Probleme dagegen schafft die sogenannte norwegische Konzessionsgesetzgebung, da diese Ausländer diskriminiert beim Erwerb von Grundbesitz und von Aktien. Die Zentrumspartei will an dieser Gesetzgebung unbedingt festhalten. Die Regierung droht dieser Tage

Referenzen und Initialen

Adressen für Rückantwort

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F. I.

Absender

Seite-Nr.

10

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

deswegen auseinanderzubrechen, da die Zentrumspartei im Falle von norwegischen Zugeständnissen darin einen Bruch des Koalitionsabkommens sieht. Die Regierung sucht aber nach Möglichkeiten eine weniger diskriminatorische Neuformulierung dieser Gesetzgebung zu finden. Auch die EG-Länder scheinen gewisse Schutzmechanismen gegen ausländische Investitionen aufrechterhalten zu können.

In Bezug auf die institutionellen Fragen erklärt K die verfassungsrechtliche Ausgangslage, die Norwegen ein Zwei-Pfeiler-Modell vorziehen lässt. Der Beitritt zu einer supranationalen Organisation wie sie mit einem auf einem Pfeiler beruhenden EWR angestrebt würde, müsste von einer 3/4 Mehrheit des Parlaments genehmigt werden und würde zusätzlich dazu Verfassungsänderungen bedingen, die nicht vor Ende 1993 bewerkstelligt werden könnten, da sich eine Verfassungsänderung hier zwingend über zwei Legislaturperioden erstreckt und es die Möglichkeit von vorgezogener Neuwahlen nicht gibt.

Kurz kommt die Uruguay-Runde zur Sprache, wobei K die norwegische Offerte im Agrarbereich (20 Prozent Subventionsabbau, "green box" von 40 Prozent, Umstellung von Importkontingentierung auf Schutz der norwegischen Produktion durch Erhöhung der Zollltarife) vorstellt. Norwegen ist ähnlich wie die Schweiz exportabhängig und deswegen an einem Erfolg des GATT sehr interessiert. Einig sind sich beide Seiten, dass eine Wechselwirkung zwischen GATT und EWR

Wortlaut und Initialen

Adresse für Telefon an Dritte

Three horizontal lines for text entry.

Three horizontal lines for text entry.

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Empty box for sender information.

Seite-Nr.

11

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

besteht. K findet, dass im Falle eines erfolgreichen Abschlusses der Uruguay-Runde die Verhandlungen mit der EG leichter sein werden.

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

12

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

4) Visite de travail du Secrétaire d'Etat Franz Blankart à Londres, le 11 octobre 1990

Lors de sa visite de travail à Londres du 11 octobre 1990, le Secrétaire d'Etat Blankart (blf) s'est entretenu avec les personnes suivantes:

- Tristan Garel-Jones, MP Ministre d'Etat aux affaires extérieures (GJ)
- Christopher Roberts, Secrétaire d'Etat adjoint aux affaires économiques (R)
- Michael Jay, Sous-Secrétaire d'Etat aux affaires européennes (J)
- Nicholas Bayne, Sous-Secrétaire d'Etat adjoint, délégué au CESS(B)

1. Europe

GJ a voulu savoir si les pays de l'AELE veulent opter pour l'adhésion en cas d'échec des négociations. Il a ensuite soulevé le cas d'une affaire mixte (par. ex. Suède/Allemagne) jugée par la Cour de l'EEE: si ce jugement est aussi applicable aux relations entre pays de la CE, il y a une ingérence du juge AELE dans les affaires communautaires; s'il ne l'est pas, la Cour EEE est contraire aux dispositions du Traité de Rome. GJ a estimé que la CCE est trop dogmatique, restrictive et lente à l'égard des pays de l'AELE. Il a enfin exprimé son engagement pour la cause

V. J. L.

156
 Telegramm Dienst
 37 03 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

13

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

EEE, mais n'a pu cacher son scepticisme quant a l'issue de l'opération.

R a fait état des divergences existant entre les pays membres et la CCE au sujet de l'EEE, du manque d'enthousiasme de Delors et des réserves espagnoles. Le projet d'une fiche no 5 de la CCE est inacceptable pour les Britanniques. Quant au decision shaping, R a défendu une thèse plus restrictive que celle du Ministre Uguccione. En ce qui concerne le decision taking, si la décision du Conseil devait présenter un risque de fait accompli, R n'exclut pas une réouverture des consultations en vue de trouver une solution selon l'art. 39/6 de l'accord assurance et une prise de décision "back to back". Pour la comitologie, R préconise des réunions formelles à 19 pour les "advisory committees" et des réunions informelles à 19 jusqu'au stade précédant la décision pour les "regulatory committees". R a plaidé pour des exceptions réduites en nombre et temporaires. Londres voit des difficultés majeures avec le plafonnement et les "higher standards" en matière d'environnement.

2. GATT

Le Royaume-Uni est prêt à présenter, avant la fin de l'année, une offre quant aux "initial commitments" en matière de services. USA, Australie et Nouvelle-Zélande feraient de même, à condition que les PVD fassent également une offre. Puisque ce ne sera

AN EDW
 Telegrammform: 3002 B/W

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex von Dritte)

Chiffriert Ja Nein

Priorität Norm. Dring. Flash

Faktura Text erg. F.I.

Absender

Seite-Nr.
 14

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

probablement pas le cas, il faudra se contenter d'un stand still de facto (et non de jure). En matière agricole, la CE se fixera sur le 30 pour-cent de réduction du soutien, même au risque d'un échec du round.

3. FMI/BM

Tout en admettant le bien-fondé de la séparation des dossiers espagnol et suisse, B nous met en garde face à l'engagement espagnol dans cette affaire.

An: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Préférences und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

15

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

5)

Troisième séance de négociations du High Level Negotiating Group
 AELE-CE, Bruxelles, 17 et 18 octobre 1990

Cette séance de négociations a été co-présidée par M. Cadieux (C), Directeur adjoint DG I, en l'absence de M. Krenzler, du côté de la CE et par M. Blankart (B) du côté de l'AELE. Dans un langage franc, les deux parties ont constaté que les négociations avaient atteint un stade particulièrement difficile avec un risque de blocage, les pays de l'AELE n'étant pas disposés d'éliminer un nombre encore important de dérogations sans avoir des assurances d'obtenir de la part de la CE un régime institutionnel satisfaisant, la CE, de son côté, ne se disant pas à même de présenter le volet institutionnel sans connaître la couverture exacte de l'espace économique européen (EEE). A ceci s'ajoutent des différences d'appréciation dans plusieurs domaines clés - personnes, investissements directs - sur la valeur des arguments présentés par les pays de l'AELE pour l'obtention de régimes particuliers et derechef la difficulté d'entrer en matière avec des solutions négociées sous la forme de périodes transitoires et/ou de clauses de sauvegarde.

M. Cadieux a réitéré la volonté politique de la CE de conclure un accord en 1991 pour une entrée en vigueur au 1.1.93. Il a exprimé la déception et l'inquiétude de la Commission face aux progrès mo-

An: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja Nein

Priorität

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

16

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

destes enregistrés lors du troisième round de négociations. La reprise de l'acquis pose encore des problèmes sérieux pour tous les groupes de négociations (GN) et des solutions urgentes sont nécessaires si l'on veut une percée pour la fin de l'année. Le mandat politique oblige selon C à des progrès rapides qui ne seront pas réalisables si les demandes de dérogations restent aussi nombreuses. La CE a montré la voie pour des progrès, notamment pour des normes affichant de faibles différences, mais les pays de l'AELE n'ont pas réagi comme espéré. C a ajouté que la négociation était suffisamment avancée pour laisser de côté les considérations tactiques et approfondir les questions, ceci d'autant plus qu'un travail immense attend les négociateurs.

C a rappelé que pour la CE le contenu déterminait les institutions; si les quatre libertés étaient reprises (avec les clauses de sauvegarde et les périodes transitoires nécessaires) les questions institutionnelles seraient plus facilement résolues. Les trous dans l'acquis ont retardé le dépôt d'un papier institutionnel par la Commission. Par ailleurs, C a souligné qu'une position écrite de la CE au papier du 24.7.90 des pays de l'AELE sur les principes de prise de décision n'aiderait pas au dynamisme de la négociation, ce document mettant en cause le principe d'autonomie à plusieurs égards.

B a insisté sur le besoin de réaliser avant la fin de l'année une percée politique. B a répété que les pays de l'AELE avaient nulle-

Ant: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Ja

Nein

Priorität

Norm.

Dring.

Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

17

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

ment l'intention de s'ingérer dans les affaires internes de la CE. Il a rappelé qu'il était parfaitement légitime que les pays de l'AELE puissent participer efficacement à l'élaboration et à l'adoption des règles auxquelles ils seront soumis, et qu'il était inconcevable que leurs parlements ne légifèrent plus en matière économique pour être seulement informés par la Commission sur les développements dans la CE. En ce qui concerne les demandes de dérogations couvrant notamment le niveau de protection plus élevé dans les pays de l'AELE (normes), les investissements directs, la libre circulation des personnes et en ce qui concerne la pêche, B a plaidé pour du réalisme politique et pour la recherche de solutions équilibrées. B a encore souligné qu'il devrait être possible de trouver un terrain d'entente commun et qu'il ne s'agissait pas d'une négociation d'adhésion mais d'un traité d'intégration sui generis avec un équilibre de droits et d'obligations pour chaque partie.

K. Jacobi

///

Copie: BRF JAC CM

NNNN

i.A.22.14.7.3.-REI/BUH

Bern, den 22. Oktober 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 43/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) Liechtensteinischer Staatsbesuch: Arbeitsgespräch über Europafragen	2
2) Besuch Bundesrat J.-P. Delamuraz (d) bei F. Andriessen (a), Vize-Präsident der EG-Kommission, Brüssel, 19. Oktober 1990	5
3) Entretiens de l'Ambassadeur J.-P. Keusch à New York (9 - 11 octobre 1990)	7
4) KSZE-Treffen über dem Mittelmeerraum, Palma de Mallorca, 24.9. - 19.10.1990	13
5) Treffen mit Abgeordneten des aufgelösten Parlaments von Kosovo	15

1) Liechtensteinischer Staatsbesuch: Arbeitsgespräch über Europafragen

Die Schaffung eines Europäischen Wirtschaftsraumes, die KSZE sowie der Europarat standen im Vordergrund eines Arbeitsgesprächs, das eine liechtensteinische (Leitung: Fürst Hans-Adam II) und eine schweizerische Delegation (Leitung: Bundespräsident Koller) anlässlich des vom 17. - 19.10.1990 dauernden Staatsbesuches führten.

Europäischer Wirtschaftsraum

Liechtenstein bekräftigt seine Entschlossenheit, dem EWR als selbständige Vertragspartei mit allen Rechten und Pflichten beitreten zu wollen. Gleichzeitig strebt es die volle Mitgliedschaft bei der EFTA an, und zwar nicht nur im Fall eines positiven Ausgangs der EWR-Verhandlungen, sondern auch - was in dieser Klarheit von liechtensteinischer Seite bisher noch nicht zu hören war - im Fall ihres Scheiterns.

Bundespräsident Koller nennt drei Gründe dafür, weshalb die Schweiz sich weiterhin für die Schaffung eines EWR voll einsetzt:

- Kurzfristig ist er die einzige Chance, unser Verhältnis zur EG enger zu gestalten und besser zu strukturieren. Ein Alleingang hat keine Zukunft und wäre gegenüber nachkommenden Generationen nicht zu verantworten. Andererseits gibt der Bundespräsident einem "sofortigen" EG-Beitritt innenpolitisch keine Chance.
 - Ein EWR-Vertrag klammert das Problem der schweizerischen Neutralität aus.
 - Die Landwirtschaft wird von einem EWR-Vertrag kaum tangiert.

Auch für Liechtenstein ist der EWR nach den Worten von Regierungschef Brunhart die "interessanteste" Variante. Wie die Schweiz ist auch das Fürstentum bereit, in der jetzigen Verhandlungssituation noch einmal die angestrebten Ausnahmen betreffend den EWR-relevanten "acquis communautaire" von Grund auf zu überprüfen. Als "pièce de résistance" bezeichnet er die Einschränkung des freien Personenverkehrs, verbunden mit den Restriktionen beim Erwerb von Grundeigentum (Niederlassungsfreiheit). Interessant der Hinweis, dass eine EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins langfristig auch eine Angleichung des liechtensteinischen Gesellschaftsrechts an europäische Standards bewirken dürfte.

Beide Seiten sind sich einig, dass ein weiteres Entgegenkommen der EFTA-Staaten hinsichtlich der Ausnahmen Zugeständnisse der EG im Bereich der institutionellen Fragen (Mitsprache bei der Anwendung und Fortentwicklung von EWR-relevantem EG-Recht) voraussetzt.

KSZE

Beide Seiten befürworten die "leichte" Institutionalisierung der KSZE durch die Schaffung eines administrativen Sekretariates, durch ein Konfliktverhütungszentrum sowie durch regelmässige Treffen der Konferenz-Teilnehmerstaaten auf verschiedenen Ebenen. Eine Ablösung der KSZE durch eine feste, vertraglich abgesicherte Organisation oder die Substituierung politischer Vereinbarungen durch völkerrechtlich bindende Abkommen werden abgelehnt. Die Fortschritte bei den Abrüstungsgesprächen der beiden Grossmächte werden der KSZE Aufwind geben. Liechtenstein steht voll hinter den schweizerischen Initiativen, welche bei den Teilnehmerstaaten nach dem Urteil von Regierungschef Brunhart "gute Resonanz" finden.

Europarat

Im Vergleich zur EG hat der Europarat eine "übergreifende" Dimension und bleibt insofern für die Schweiz und Liechtenstein attraktiv. Im Hinblick auf die aus der Sicht beider Länder erwünschte Annäherung und Mitgliedschaft osteuropäischer Staaten sind zwei Dinge wichtig. Erstens sollte die Funktionsweise der Organisation wirksamer gestaltet werden. Ohne innere Erstarkung könnte die Erhöhung der Mitgliederzahl die Arbeiten des Europarates noch zusätzlich erschweren und schliesslich zu einem eigentlichen Existenzproblem werden. Zweitens darf der Beitritt der Osteuropäer keinesfalls zu einer Aushöhlung der bisher erreichten Standards auf dem Gebiet der Menschenrechte führen.

besuch bundesrat delaruraz (d) bei f. andriessen (a),
vize-praesident der eg-kommission, 19 oktober 1990

besuch wurde auch zu meinungsaustausch ueber stand uruguay-
runde benutzt. a. gab sich ziemlich pessimistisch auch was
faehigkeit eg-agrarminister anbelangt, sich heute in
luxemburg zu einigen. italienische praesidentschaft will
vermeiden, dass thema gipfel v.27.10 belastet.

hauptgespraechsthemata waren stand und aussichten ewr-ver-
handlungen. zusammenfassend muss leider gesagt werden, dass

diese aussprache keiner neuen fortschritte erkennen liess.
der wille, die verhandlung voranzutreiben besteht zweifellos
bei a. und seiner equipe. die bekannten hindernisse inner-
halb von kommission, parlament und rat (mitgliedstaaten)
lassen jedoch nur wenig hoffnung auf konstruktive neue
vorschlaege z.b. auf institutionellem gebiet.

d. fasste einleitend die eindrucke zusammen, die er auf
seinen reisen in die efta-hauptstaedte gesammelt hat. er
unterstrich namentlich :

erstens den einhelligen willen der efta-laender, alles in
ihrer kraft liegende zu tun, um innerhalb eines vernuenf-
tigen zeitrahmens (fruehjahr 1991) zu einem guten ewr-
vertrag zu gelangen und das zieldatum des 1.1.93 fuer das
inkrafttreten zu respektieren.

zweitens gewisse bewegungen in den oeffentlichen meinungen,
die den sinn des ewr-projekts in frage stellen. dem steht
jedoch die klare erkenntnis der regierungen gegenueber, dass
ewr und eg-beitritt nicht alternativen sind, nicht gegen-
einander ausgespielt werden duerfen. weitere zukunft bleibt
ohnehin offen. dieses einsehen der regierungen fuer das
ewr-projekt erfordert jedoch, dass zeichen der hoffnung
gesetzt werden.

drittens die bereitschaft, die liste der ausnahmebegehren
noch einmal kritisch zu pruefen, wobei in der substanz auch
klare grenzen des nachgebens sichtbar werden. entscheidend
ist jedoch, dass eg-seitig eine groessere offenheit in
institutioneller hinsicht sichtbar wird. hier bedarf die
efta eines klaren signals. kommission muss substantiellere
vorschlaege auf den tisch legen.

d. stellte schliesslich die frage nach den chancen eines
politischen durchbruches noch im laufenden jahr.

a. teilte die auffassung, dass die zeit nicht fuer das ewr-
projekt arbeitet. wir muessen im fruehjahr ein ergebnis
haben. umgekehrt will a. nicht recht einleuchten, was mit
einem politischen durchbruch ('breakthrough') gemeint ist.
was wir brauchen, ist der beginn einer echten verhandlung,
in der ohne vorbedingungen und taktische verknuepfungen
schritt um schritt fortschritte erzielt werden. die
ausnahmen vom acquis communautaire sind auf ein absolutes
minimum zu beschraenken. die eg-seite wird gewiss noch
weitere ideen im institutionellen bereich einbringen, aber
es bestehen auch grosse widerstaende, z.b. im europaeischen
parlament. selbstverstaendlich braucht es am ende ein
gleichgewicht zwischen institutionen und substanz, aber
jetzt einen 'link' herzustellen, kann nur zu blockierung
fuehren.

im uebrigen teilt a. auffassung, wonach ewr ein wesentlicher
bestandteil der europaeischen architektur ist. eg waere
nicht in der lage, jetzt zahlreiche weitere mitglieder
aufzunehmen.

d. zeigte verstaendnis fuer die skepsis von a. gegenueber dem bild des politischen durchbruchs. dennoch fragt er sich, ob die verantwortlichen der 19 laender und der kommission die verhandlung nicht einen politischen impuls (lies : ministertreffen noch vor ende jahr) geben sollten.

a. will darueber noch mit der italienischen praesidentschaft (am de michelis) sprechen - wohl um ihn von der idee abzubringen ? gd krenzler warnte vor kontraproduktiver wirkung ('back-fire') eines ministertreffens ohne ergebnis. das risiko ist enorm. die efta-minister werden ihrerseits am dienstag das fuer und wider noch einmal erwaeagen.

die diskussion drehte sich weiter um die wechselwirkung von substanz und institutionen. gs reisch plaederte fuer parallelismus. ss blankart weis auf unterschied zwischen beitritt und einem integrationsvertrag sui generis (ewr) hin. bei mitgliedschaft sind institutionen vorgegeben. in ewr setzt uebernahme acquis klarheit ueber institutionelles funktionieren voraus.

an pressekonferenz stellten vor allen journalisten aus efta-laendern frage, ob und wann kommission weitere vorschlaege im institutionellen bereich vorlegen werde. a. wies u.a. auf die tagung des rats am montag hin, der wohl die fische betr. 'decision-shaping' und 'comitology' deblockieren duerfte.

- 3) Note d'entretien de l'Ambassadeur J.-P. Keusch
avec M. Alvaro de Soto, Sous-Secrétaire général,
Directeur du Cabinet du Secrétaire général
le 9 octobre 1990
-

AMERIQUE CENTRALE

Nicaragua

Le conflit est résolu et la situation, quoiqu'encore très sérieuse, est moins préoccupante que par le passé (fin du conflit transfrontières). Le gouvernement va se heurter à des difficultés de politique intérieure et économiques. En faisant un geste vers la réconciliation nationale, il risque de saper la très hétéroclite coalition électorale, dont plusieurs éléments se sentent trahis. Sur le plan économique, la situation est catastrophique, ce qui se répercutera sur les plans social, puis politique : le Gouvernement a trop misé sur le cheval américain, dont l'aide économique promise continue de se faire attendre.

Le Secrétaire général proposera au Conseil de sécurité de démanteler l'ONUCA au Nicaragua (ainsi qu'au Costa Rica), afin de le renforcer au Salvador.

El Salvador

De nombreux progrès ont pu être enregistrés. Un accord partiel, à la conclusion duquel a participé le Secrétaire général a été réalisé sur un texte traitant du respect des droits de l'homme et prévoyant un système sans précédent (auparavant, les ONG) de contrôle à long terme qui sera appliqué dans tout le pays par l'ONU. Un tel contrôle s'avère très dangereux et ne pourra débiter qu'après l'entrée en vigueur d'un cessez-le-feu.

Les négociations se poursuivent entre le gouvernement et le FMLN sur le système électoral (agrandissement du corps électoral) ainsi que le coeur du problème, les forces armées, à savoir leurs rapports avec les autorités civiles et le rôle de l'appareil militaire dans la société.

Haïti

d.S. confirme les informations de M. Goulding : opposition des Latino-Américains, très soucieux de leur souveraineté, à une opération militaire pour le contrôle des élections, donc à un rôle du Conseil de sécurité, l'Assemblée générale devant décider en la matière. En tout état de cause, les missions techniques effectuées sur place ont démontré de sérieux problèmes de sécurité dans le processus électoral (terrorisme, groupes para-militaires, volonté peu évidente des militaires de veiller à la sécurité, ...). Enfin, un problème se posera sur le plan budgétaire : le fonds d'urgence est limité à 15 mio \$ pour la période 1990/91 et est pratiquement épuisé; une exception pourrait être

- 8 -

introduite avec un lien avec la paix et la sécurité, ce qui donnerait un "pâle" feu vert au Conseil de sécurité (d'où la proposition d'envoyer des "security experts"). Le Secrétaire général basera son argumentation sur les risques que comporterait pour la sécurité régionale une explosion politique à Haïti. Les "security experts" seront une soixantaine au début de l'opération (maximum 150) et seront prélevés parmi les observateurs francophones de l'ONUCA; quant au personnel civil, il ne dépassera pas 200 personnes.

Note d'entretien de l'Ambassadeur J.-P. Keusch
avec M. Rafeeuddin Ahmed, Sous-Secrétaire général
Bureau du Représentant spécial du Secrétaire général
pour les affaires humanitaires en Asie
le 9 octobre 1990

Cambodge

Le mandat des Nations Unies est unique et s'étend aux domaines les plus divers : militaire, administration, protection des droits de l'homme, reconstruction de l'économie, organisation et conduite des élections (ce qui est une première, puisque jusqu'ici les Nations Unies n'avaient qu'observé).

Une task force du Secrétariat prépare les diverses activités et s'efforce d'élaborer un mandat le moins ambitieux possible eu égard à l'énormité de la tâche. Des approches innovatives devront contribuer à comprimer les dépenses (demande aux gouvernements de fournir du personnel administratif ou des volontaires, recrutement de personnel local, formation dans les camps de réfugiés, ...).

Le processus "législatif" (résolution du Conseil de sécurité; mission puis rapport du Secrétaire général; résolution du Conseil de sécurité; CCQAB/5e Commission/résolution de l'AG) prendra quelques mois, auxquels s'ajouteront quelques autres pour les équipements et approvisionnements. Avant cette échéance, les Nations Unies pourraient prodéder à un déploiement partiel, donc symbolique, auquel devrait alors correspondre un mandat partiel.

A. se montre très confiant quant aux chances de succès tant de la partie onusienne de l'opération que de la phase purement cambodgienne qui devrait lui succéder (ce qui est surprenant, voir télex de cette mission du 26 septembre 1990).

Note d'entretien de l'Ambassadeur J.-P. Keusch
avec M. Giandomenico Picco, Assistant chargé
de fonctions spéciales, Cabinet du Secrétaire général
le 9 octobre 1990

Situation en Afghanistan

Les principes de base d'une solution n'ont pas changé : un consensus à l'échelon international entre les principaux protagonistes (USA, URSS, Pakistan, Iran, Arabie saoudite) est nécessaire pour assurer la mise en train d'un processus politique entre Afghans qui permettra à la population d'exercer librement son droit à l'autodétermination. A cet égard, les pourparlers de ces dernières semaines entre les USA et l'URSS à trois niveaux (MAE, suppléants des MAE, experts) ont montré un rapprochement certain. Les deux parties visent à élaborer des principes communs qu'elles rendront publics ("consensus international"). Elle buttent encore sur un obstacle : la nature du pouvoir exécutif pendant la période de transition (soit, dans la pratique, quelle proportion du gouvernement actuelle y sera transférée). P juge cette discussion théorique et dangereuse puisqu'elle exprime un schéma imposé de l'extérieur. L'Iran, qui soutient les éléments afghans modérés, s'est déclaré prêt à discuter sur ces bases. Quant au Pakistan, il est paralysé par ses problèmes internes et n'a pas été à même de faire connaître ses réactions. De son côté, l'Arabie saoudite ne simplifie pas les négociations en soutenant à outrance les fondamentalistes afghans..., quoique de fortes pressions américaines (crise du Golfe) pourraient les faire dévier de leur cap.

Dans la phase suivante, il sera moins difficile aux dirigeants des différents mouvements afghans de se rallier aux principes communs d'un "consensus international" que de trouver la trentaine de personnalités crédibles (donc acceptables par tous) à même de jouer un rôle dans un gouvernement largement représentatif pendant la période de transition.

Note d'entretien de l'Ambassadeur J.-P. Keusch
avec M. Gilberto Schlittler, Directeur de la Division du
Conseil de sécurité et des commissions politiques
le 11 octobre 1990

I. Les grands défis de l'Organisation

Les grands défis de l'ONU se présenteront aux niveaux tant institutionnel qu'organisationnel :

- institutionnel : Pour la première fois, le chapitre le plus important de la Charte sera utilisé, ce qui permettra de vérifier si elle est aussi parfaite que l'ont voulu ses constituants. A terme, il faudra passer par une modification de la Charte, car il n'est pas possible de continuer avec le système des cinq membres permanents ayant un droit de veto. Reste à savoir comment procéder et pendant combien de temps...
- organisationnel : Au fil des années, le Secrétariat s'est vidé de sa substance qualitative en personnel : d'une part, les Etats les plus importants (USA, notamment), mécontents de l'évolution de l'Organisation, ont retiré leurs meilleurs éléments; d'autre part, suite à la décolonisation et l'universalité croissante de l'ONU, le Secrétariat général est devenu un service public assurant des emplois à des ressortissants peu compétents de ces jeunes pays. Dans ces conditions, les fonctionnaires compétents sont déplacés là où existent les vrais besoins.

II. Comité du Conseil de sécurité créé par la Résolution 661 (sanctions contre l'Irak)

Prévu à l'origine comme un organe technique de surveillance, le Comité 661 s'est avéré dès ses débuts essentiellement politique. Fait surprenant, il n'a jusqu'ici jamais eu à traiter de violation des sanctions (il faut toutefois mentionner un rapport déposé le 10 octobre par Chypre, qui dénonce la Turquie....). Le Comité travaille de façon pragmatique, réagissant aux événements, aux mandats du Conseil de sécurité ou aux demandes d'Etats membres. Ses activités se concentrent sur les domaines suivants :

1. application de l'art. 50 de la Charte (difficultés économiques dues à l'exécution de sanctions). Jusqu'ici seul le cas de la Jordanie a pu être réglé. Une quinzaine de demandes ayant été déposées, un groupe de travail sera prochainement créé à cet effet. Il n'existe pas de lien institutionnel entre les travaux du Comité et ceux du FMI/BM.
2. embargo aérien
ici encore, les critères se développent avec la pratique. Les services du Secrétariat sont d'ailleurs submergés d'appels, communications écrites, ... concernant des vols vers l'Inde ou en provenance de ce pays (dans le 1er cas, notification au Comité et au(x) pays survolté(s), dans le

2eme, autorisation du Comité qui demandera une inspection dans l'un des pays survolté).

3. produits alimentaires

cette problématique s'est avérée très compliquée. Pour l'instant, seul le cas de l'Inde (approvisionnement de ses nationaux en Irak et au Koweït) a pu être réglé, sans que les décisions du Conseil de sécurité n'aient pu être strictement respectées (supervision par un représentant de la Croix-Rouge indienne, et non d'une OI humanitaire).

P.S. Un déjeuner avec la Présidente et le Vice-président du Comité a confirmé ces impressions :

- approche pragmatique,
- travail dans une ambiance difficile et confrontationnelle,
- décisions par consensus : ce qui permet à certains délégués de faire du chantage,
- frustration des Non-alignés, qui souffrent des décisions "directoriales" des 5 Permanents du Conseil de Sécurité

4) KSZE-Treffen über den Mittelmeerraum,
Palma de Mallorca, 24.9. - 19.10.1990

Am 19. Oktober ist in Palma de Mallorca die anlässlich des KSZE-Folgetreffens in Wien (1986/89) beschlossene Konferenz über den Mittelmeerraum mit der Verabschiedung eines Schlussdokumentes abgeschlossen worden.

An der Tagung waren alle KSZE-Staaten sowie die südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres eingeladen. Von diesen acht im KSZE-Sprachgebrauch als "Nichtteilnehmende Mittelmeerstaaten" bezeichnete Länder entsandten alle eine Vertretung nach Palma. Damit konnte die dritte KSZE-Konferenz dieser Art schon den ersten kleinen Erfolg verzeichnen: Noch nie hatten alle "Nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten" einem KSZE-Mittelmeertreffen ihre Aufwartung gemacht, die Anwesenheit Israels führte diesmal nicht mehr zum üblichen Boykott arabischer Regierungen. Abgesehen von den Albanern unterhielten allerdings bloss zwei Nicht-KSZE-Staaten ständige Delegationen an der Tagung, nämlich Israel und Tunesien. Der tunesische Vertreter bemühte sich fleissig um die Vertiefung des Dialogs zwischen der KSZE und den südlichen Anrainerstaaten. Sonst blieben jedoch Europäer und Nordamerikaner unter sich. Der italienische Aussenminister de Michelis sowie sein spanischer Kollege Ordonez benutzten den Anlass, um am 24. September 1990 in ihren Eröffnungsreden die Einberufung einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeer (KSZM) anzuregen. Der KSZE fällt es indes grundsätzlich nicht zu, darüber einen Entscheid zu treffen, dieser obliegt allein den Initianten, welche inzwischen erste Schritte in Gang gesetzt haben (erste Vorgespräche am 10.10 in Rom).

Das Schlussdokument von Palma wurde auf der Grundlage eines von der EG vorbereiteten Arbeitspapiers ausgearbeitet. Allerdings wurde der ursprüngliche EG-Vorschlag teilweise beträchtlich verändert und abgeschwächt. Wegen ihrer noch immer geschätzten Erfahrung in diesem Bereich wurden die KSZE-üblichen Koordinationsaufgaben den Neutralen anvertraut. Der von Schweden, Finnland und der Schweiz koordinierte Text umfasst drei Teile:

1. Präambel mit teilweise politischem Inhalt .Darin bekräftigen

die Teilnehmerstaaten erneut ihre Verpflichtung gegenüber den KSZE-Bestimmungen betreffend Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum und nehmen von der Anregung Kenntnis, dass ausserhalb der KSZE ein Treffen, "aufbauend auf Erfahrungen des KSZE-Prozesses", stattfinden könnte - gemeint ist die beabsichtigte KSZM.

2.+3. In den beiden operativen Bereichen (spezifische Bereiche der Zusammenarbeit/Schutz der Oeko-Systeme im Mittelmeer) werden auf 19 Seiten nicht verbindliche Empfehlungen zu teilweise sehr konkreten Projekten aufgestellt. So werden beispielsweise alle Staaten, welche dies noch nicht getan haben, aufgefordert, dem Basler-Uebereinkommen von 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung umgehend beizutreten und/oder dieses zu ratifizieren. Das Papier stellt eine nützliche Bestandesaufnahme der zahlreichen Umweltbedrohungen und anderer Probleme im Mittelmeer sowie laufender Projekte dar.

Das Treffen endete am 19.10. mit einem harten Schlagabtausch zwischen Griechischzyprioten und Türken. Die durch eine ungeschickte Stellungnahme der Türken entstandene Gelegenheit liess sich der Vertreter Nikosias nicht nehmen und prangerte in scharfer Form Ankaras Politik im allgemeinen und besonders in Zypern an. Das anschliessende Wortgefecht - und mit diesem letzten Eindruck verliessen die Delegierten die Konferenz - zeigte deutlich, dass das Mittelmeer innerhalb und ausserhalb der KSZE noch viel Konfliktstoff birgt.

Die Schweizerische Delegation stand bis zum 29.9. und am 15.-18.10 unter der Leitung von Botschafter Wermuth. Claude Altermatt, KSZE-Dienst, vertrat das EDA während der ganzen Konferenz.

5) Treffen mit Abgeordneten des aufgelösten Parlaments von Kosovo

Am 17. Oktober trafen Botschafter Ducrey, Chef des Politischen Sekretariats, D. Woker, Politische Abteilung I, P. Maurer, Politisches Sekretariat und B. Nobs, Politische Abteilung I zum zweiten Mal nach dem 3. August dieses Jahres mit Vertretern des durch die serbischen Republiksbehörden im Juli aufgelösten Parlaments der autonomen Provinz Kosovo zusammen. Der Vizepräsident, Jlaz Ramazli (R), Skender Skenderi, Muharrem Shabani und Bujer Giurgeala gehören alle der albanischen Bevölkerungsmehrheit der Provinz an. Der Wunsch zu diesem Treffen wurde von privater Seite an uns heran getragen.

Auch wenn bezüglich den politischen Zielsetzungen der Kosovo-Albaner seit dem letzten solchen Treffen keine neuen Elemente mehr hinzugefügt wurden - nach wie vor angestrebt wird für Kosovo vor allen Dingen der Status einer gleichberechtigten Teilrepublik innerhalb Jugoslawiens - war das Treffen in verschiedener Hinsicht doch aufschlussreich:

R betonte mit Nachdruck, dass das Ziel der Albaner in Kosovo nicht die Unabhängigkeit von Jugoslawien sei, sondern sich ganz klar auf einen Verbleib im jugoslawischen Republikenverband ausrichte, unabhängig davon, ob sich Jugoslawien in Zukunft als Föderation oder Konföderation organisiere. Der diesbezügliche Vorwurf der serbischen Regierung sei reine Propaganda.

In Bezug auf das weitere Schicksal der Angehörigen des Parlaments erklärt R, dass im Anschluss an die an einem geheimen Ort erfolgte Proklamation der neuen Verfassung einer Teilrepublik Kosovo durch die albanischen Abgeordneten am 7. September die serbische Republiksregierung Haftbefehle für die 111 albanischen Parlamentsangehörigen und sechs Mitglieder der ehemaligen Provinzregierung erlassen habe. Laut R befinden sich bereits sechs Personen in Haft.

Viele der Parlamentarier sind nach Aussage R's in Kroatien und Slowenien untergetaucht, weil dort die Haftbefehle trotz ihrer rechtlichen Gültigkeit in ganz Jugoslawien nicht ausgeführt werden. Andere befinden sich im Ausland. Ihre Familien würden von serbischen Sicherheitskräften akut bedroht.

Botschafter Ducrey erklärte in seiner Antwort, die Schweiz nehme die Probleme von Menschenrechtsverletzungen sehr ernst. Wir hätten bereits bei den jugoslawischen Behörden auf bilateraler Ebene interveniert und würden uns weitere Schritte vorbehalten.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'K.' followed by a series of connected loops and a horizontal line ending in a small dot.

K. Jacobi

i.A. 22.14.7.3, Interne Verteilerliste

Betrifft: IH rapides + normales 43/90 vom 22.10.90

Departementsvorsteher	Bundesrat René Felber	BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter von Salis	VSG
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei Pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Friederich	FRI
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Frankophoniedienst	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
	Hr. Hauswirth	HC
	Hr. Yersin	YO
	Hr. Brandel/Hr. de Luca	BL/LU
	Hr. Fotsch/Hr. Nobs	FOC/NB
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Minister von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Botschafter Hoffmann	HO
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Organisationen	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF
Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUC

Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	MAT
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft Minister Godet Minister von Däniken	KT GT VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr Seeschiffahrtsamt Basel	Direktor Hulliger Stellvertr. Direktor Haenggi	HG
DVA	Botschafter Manz Frau Krieg	MA KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welti	WP
Sektion Bezüge und Zulagen Verwaltungsinspektorat	Hr. Bollinger Hr. Castelli	BOL CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädersdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini Hr. Dannecker	GI/ DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL <i>KAD</i>
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger Hr. Ziswiler	kel zis
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste + <u>Vertrauliche Umschläge:</u> - Hr. Loréтан, W 134 - Seeschiffahrtsamt, Basel - Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt) - alle Bundesräte (für Info hebdo)	Hr. Bill	BH

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan		Panama
Abu Dhabi		<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Hamburg	Paris (3)
Akkra	Hanoi	Prag
Alger	Harare	Pretoria
Amman	Havanna	Quito
Amsterdam	Helsinki	Rabat
Ankara	Hong Kong	Rio de Janeiro
Antananarive	Houston	Rom
<u>Asuncion</u>	Islamabad	San Francisco
Athen	Istanbul	San José
Atlanta	Jakarta	Santiago de Chile
Bagdad	Johannesburg	Sao Paulo
Bangkok	Kairo	Singapur
Barcelona	Karachi	Sofia
Beijing	<u>Khartoum</u>	Stockholm
<u>Beirut</u> <i>NIKOSIA</i>	Kigali	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kinshasa	Stuttgart
Berlin/BRD	Kopenhagen	Seoul
Berlin/DDR	Kuala Lumpur	Sydney
Bogota	Kuwait	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lagos	Tel-Aviv
Bonn	La Paz	Tokio
Bordeaux	Lima	Toronto
Brasilia	Lissabon	Tripolis
Brüssel+Mission	London	Tunis
Budapest	Los Angeles	Vancouver
Buenos Aires	<u>Luanda</u>	Warschau
Bukarest	Luxembourg	Washington
Canberra	Lyon	Wellington
Caracas	Madrid	Wien
Chicago	Mailand	Yaoundé
Colombo	Manchester	Zagreb
<u>Conakry</u>	Manila	Riad
Dakar	<u>Maputo</u>	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Marseille	
Dar es Salaam	Melbourne	
Den Haag	Mexiko	
Dhaka	Montreal	
Djeddah	Monrovia	
Dublin	Montevideo	
Düsseldorf	Moskau	
Frankfurt a/Main	München	
Genua	Nairobi	
Guatemala	New Delhi	
	New York, UNO+GK	
	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- *IH+DP*